

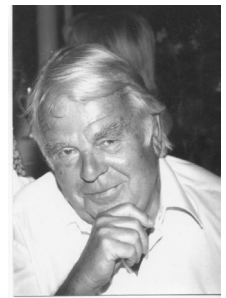
Sozialwissenschaften und politische Bildung 1966-2006

im Spiegel der Zeitschrift
Gegenwartskunde/Gesellschaft – Wirtschaft – Politik

Hans-Hermann Hartwich

Der Aufsatz analysiert anhand der Beiträge in der Zeitschrift *Gegenwartskunde*, heute: „*Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. GWP*“, die wechselvolle Zuwendung der Sozialwissenschaften zur politischen Bildung.

1966 wurde die wirtschafts- und sozialpolitisch orientierte *Gegenwartskunde* mit drei neuen Herausgebern zur sozialwissenschaftlichen Zeitschrift für jene schulische politische Bildung, die Anfang der sechziger Jahre in der Bundesrepublik konstituiert worden war. Das anfänglich große Engagement der Soziologie und Politikwissenschaft wandelte sich im Zuge ihrer akademischen Professionalisierung in Forschung und Ausbildung teils in Richtung einer spezialisierten politischen Didaktik, teils in weniger schulorientierte Fachbeiträge. Es wird deutlich, dass diese Disziplinen nicht aus ihrer Verantwortung für die politische Bildung entlassen werden dürfen.



Prof. Dr. Dr. h.c.
Hans-Hermann
Hartwich,
Universität Hamburg

1. Einleitung

Eine Zusammenstellung der Beiträge in der *Gegenwartskunde/Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)* über einen Zeitraum von 40 Jahren liest sich wie eine qualitativ differenzierende Chronik der Zeitgeschichte; nicht die Quantität der Ereignisse wird erfasst, wohl aber werden jeweils bedeutende aktuelle Geschehnisse vor ihrem Hintergrund beleuchtet, sei es dem Herkommen nach, dem Bedingungsfeld, den Einwirkungen von Interessen und Mächten. Auf diese Weise erschließen die Beiträge der Zeitschrift die meisten grundlegenden Ereignisse und Wandlungsprozesse von Gesellschaft, Wirtschaft, Politik der Bundesrepublik Deutschland von 1966 bis heute. Die Zeitschrift suchte stets eine Kultur zeitgeschichtlichen Wissens zu vermitteln. Darin lag ihre Stärke. Zugleich wurde aber immer auch beobachtet, wie sich die Anforderungen, Perspektiven, Bedingungen und Inhalte der schulischen politischen Bildung wandelten.

Angesichts der erstaunlichen Geschichtslosigkeit, die in Medien und Öffentlichkeit bei der Reaktion auf Tagesereignisse und ihrer Reflexion vorherrscht, wäre es reizvoll, genau daran den Wert der Beiträge dieser Zeitschrift an heute noch interessierenden Beispielen abzuschätzen. Der Zwang zur Kürze lässt aber

an dieser Stelle kein breites Spektrum zu. So beschränken sich die folgenden Ausführungen darauf, anhand der Beiträge in der Zeitschrift aufzuzeigen, wie sich die Sozialwissenschaften für die politische Bildung engagierten und ihre Positionen im Verlaufe eines längeren Zeitraums modifizierten.

2. Zeitgeschichtliche Verwurzelungen der *Gegenwartskunde*

Als vor 40 Jahren, mit dem Heft 2/1966 der *„Gegenwartskunde. Zeitschrift für Wirtschaft und Schule“*, ein neues Herausbergremium berufen wurde, bestand die Zeitschrift bereits 15 Jahre. Sie wurde bis dahin von der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Hamburg und der Wirtschaftsakademie für Lehrer in Bad Harzburg herausgegeben und enthielt überwiegend Beiträge zur Wirtschafts- und Arbeitswelt, national und international. Die rege und in wirtschaftskundlicher Hinsicht durchaus verdienstvolle publizistische Aktivität war allerdings grundsätzlich mit dem Makel behaftet, dass die Initiatoren zumeist in der einen oder anderen Form Karrieren im Nationalsozialismus aufwiesen. Ein in jenen Jahren nicht unüblicher Tatbestand. Dies machte es der Zeitschrift in den beginnenden sechziger Jahren schwer, den Bedürfnissen der Schule nach einer erweiterten soziologischen und politischen Thematik neben der wirtschaftskundlichen zu entsprechen. Der auch in der aktiven Politik stehende Dr. Friedrich Middelhauve, Inhaber des Westdeutschen und des Leske Verlages, bewirkte deshalb eine einvernehmliche Trennung von den bisherigen Herausgebern. Übernommen wurde in den neuen Herausgeberkreis der damals als „Hauptschriftleiter“ fungierende Studiendirektor Dr. Willi Walter Puls. Im übrigen aber wurde der Herausgeberkreis völlig neu und unabhängig vom bisherigen publizistischen Umfeld besetzt.

„Gemeinschaftskunde“ – das fächerintegrierende Schulfach für politische Bildung

Hintergrund der Etablierung einer „neuen“ *Gegenwartskunde* bildeten grundlegende bildungspolitische Aktivitäten Anfang der sechziger Jahre nach den die Öffentlichkeit aufrüttelnden und den außenpolitischen Ruf der Adenauerschen Politik gefährdenden Schändungen jüdischer Friedhöfe und anderen postnationalsozialistischen Aktivitäten im Jahr 1959. Nicht zuletzt aus diesem Anlass hatte die Kultusminister-Konferenz (KMK) am 29. September 1960 beschlossen, die schulische politische Bildung auf eine neue, bundesweit anerkannte Grundlage zu stellen. Die Saarbrücker „Rahmenvereinbarung zur Ordnung des Unterrichts auf der Oberstufe der Gymnasien“ führte das neue Schulfach „Gemeinschaftskunde“ bestehend aus Geschichte, Geographie und Sozialkunde ein. Die „Rahmenrichtlinien“ der KMK vom 5.7.1961 definierten: Sozialkunde „führt in die Ordnung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ein. Sie zeigt Kräftegruppen und Spannungsfelder und die Bedingungen der gesellschaftlichen Neuordnungen. Damit fördert sie die Urteilsfähigkeit,

hilft den eigenen politischen Standpunkt klären...“ Diese Richtlinie sprach überdies von einem „Fachlehrer“ für Sozialkunde. Umgehend hieß es daraufhin in den Medien: „Das Fach ist da, wo sind die Lehrer?“. („Die Welt“, 14.11.61) Es folgten die Einrichtung von Weiterbildungskursen für Geschichts- und Erdkundelehrer an Universitäten und erste Schulbuch-Präsentationen.

Die Neuordnung der Zeitschrift vor 40 Jahren war die Konsequenz dieser ersten großen Wende in der schulischen, vor allem der gymnasialen politischen Bildung. Und sie spiegelte zugleich noch die Verhältnisse in der Nachkriegszeit wider, in denen sich die Gesellschaft nur schwer von der Vergangenheit lösen konnte.

3. Von der „Zeitschrift für Wirtschaft und Schule“ zur „Zeitschrift für Sozialwissenschaften“

Die „Bezugswissenschaften“ der Zeitschrift

Die neue *Gegenwartskunde* war in diesem Sinne eines der Instrumente einer wirklichen Neuorientierung im Bildungsbereich. Ein anderes wurden nun die einschlägigen „Bezugswissenschaften“, die schon in den fünfziger Jahren wieder konstituierte Soziologie und die „neue“ Politikwissenschaft. So war es auch kein Zufall, dass in den ersten Jahren der Zeitschrift eine enge Verbindung zu diesen beiden Sozialwissenschaften bestand, die Teile der Wirtschaftswissenschaften und im weiteren Sinne Geschichte und Geographie einschloss. An allen konzeptionellen Überlegungen und Planungen einer gemeinsamen Kommission für die thematische Ausformung der schulischen politischen Bildung von Deutscher Gesellschaft für Soziologie (DGS) und Deutscher Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) sowie weiterer fächerübergreifender Experten waren die neuen Herausgeber beteiligt.

Mit der bereits bestehenden angesehenen Zeitschrift „*Gesellschaft – Staat – Erziehung*“ (*GSE*)“ bildete sich schnell faktisch eine Art Arbeitsteilung in dem Sinne heraus, dass dort die konzeptionellen Fragestellungen in einem breiten Kontext diskutiert wurden, während die *Gegenwartskunde* erfolgreich daran arbeitete, konkret und kurzfristig Wege und Inhalte des Unterrichts aufzuzeigen, also „Handreichungen“ für die Lehrer zur Verfügung zu stellen.

Die neue *Gegenwartskunde* konzentrierte sich stark auf die Themen und die Probleme im Umfeld des neuen Faches und die der Fächerverbindung. Die Abonnentenzahlen wuchsen. Vor allem die sozioökonomischen, soziologischen und politologischen „Modellanalysen“ machten die Zeitschrift für die wachsende Zahl der Interessenten am neuen Fach attraktiv. So entsprach die Zeitschrift den Bedürfnissen der Zeit und wurde sehr erfolgreich in einer gewissen Avantgardefunktion.

Die Studentenrebellion ab 1967 und die folgenden geistigen, gesellschaftlichen und politischen Krisen in den siebziger Jahren führten zu wachsender Konkurrenz durch neue Zeitschriften, gleichsam „links“ und „rechts“ von der *Gegenwartskunde*. Diese nahm an der Reformpolitik und den gesellschaftlichen Neuorientierungen regen Anteil, nicht an den theoretischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den heftig umstrittenen Gesellschaftstheorien der

Zeit. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass die *Gegenwartskunde* mit „Gesellschaft – Staat – Erziehung“ (GSE) fusionierte.

„Gesellschaft – Staat – Erziehung“ – ein erweitertes gesellschafts- und bildungspolitisches Spektrum

Ab Heft 1/1973 führte die *Gegenwartskunde* den Untertitel „Gesellschaft, Staat, Erziehung“. Dahinter stand die Aufgabe der wichtigsten theoretischen Zeitschrift der politischen Bildung, der „Blätter für politische Bildung und Erziehung: Gesellschaft – Staat – Erziehung“ (GSE) durch die Verlage Klett und Diesterweg. Auf verlegerische Initiative hin erklärten sich die Herausgeber der *Gegenwartskunde* mit einer Fusion der in ihrem Ausgangspunkt unterschiedlichen Zeitschriften einverstanden. Dies war von allgemeiner Bedeutung und hatte einen Hintergrund, der sehr eng mit dem Wandel der Aufgaben und Bedürfnisse politischer Erziehung in der Bundesrepublik zusammenhing.

Die allgemeine Bedeutung der Fusion lag darin, dass nun die primär analytisch-materialorientierte *Gegenwartskunde* mit der eher theoretisch-reflektierenden GSE vereinigt wurde, wobei die wirtschaftlich weit erfolgreichere *Gegenwartskunde* Gestalt und Linie weitgehend beibehielt.

Die Grundorientierung der GSE, die sich große Verdienste um die politische Bildung als Demokratieerziehung schon in den fünfziger Jahren erworben hatte, sollte jedoch auch für die Zukunft erhalten bleiben, um einer schulischen politischen Bildung unreflektierter und verkürzter Wissenschaftsübertragung vorzubeugen. Der Umfang der *Gegenwartskunde* wurde um je einen Aufsatz dieser Zielsetzung erweitert und der Initiator und erste Herausgeber der GSE, Friedrich Minssen, von 1972 bis 1975 neuer Mitherausgeber der *Gegenwartskunde*. Ihm folgte 1975 verabredungsgemäß der Gießener Erziehungswissenschaftler Prof. Wolfgang Hilligen aus dem GSE-Kreis.

„Sozialwissenschaften für politische Bildung“ – der konsequentere Titel

Für die Zeitschrift und ihre Inhalte wurden die siebziger und achtziger Jahre nicht unwesentlich von der Entwicklung der Fachwissenschaften, der ambivalenten Funktion des Schulfachs „Sozialkunde/Gemeinschaftskunde“ und von den wissenschaftlichen Schwerpunkten neuer Herausgeber bestimmt. Zu einem äußerlich sichtbaren Signal kam es allerdings erst mit Beginn des Jahrgangs 2002. Die Zeitschrift erhielt den Namen „Gesellschaft. Wirtschaft. Politik“. Der Untertitel „Sozialwissenschaften für politische Bildung“ zeigt an, dass sich die Bedingungen, unter denen die *Gegenwartskunde* jahrzehntelang erschienen war, grundlegend gewandelt hatten. Was anfangs selbstverständlich war, die sozioökonomische Kompetenz, wurde nun zum gleichwertigen Programmschwerpunkt. Dies entsprach auch wieder den Bedürfnissen der Zeit, griff doch die Zeitschrift damit deutlich und entschieden in die aktuelle Diskussion um das Phantom eines neuen Unterrichtsfaches „Wirtschaft“ ein. Sie hatte sich zu einem führenden Informationsme-

dium der politischen Bildung in Schule, Hochschule und Öffentlichkeit entwickelt. Nun sollte signalisiert werden, dass sie nicht nur für die Fachleute der politischen Bildung agiert, sondern sich zugleich als Teil der Außendarstellung politischer Bildung in Deutschland, vor allem gegenüber der politischen Öffentlichkeit und den Medien, versteht. Spätestens nach 40 Jahren musste deshalb das auf Insider begrenzte Wortbild *Gegenwartskunde* einer modernen Begrifflichkeit weichen, die die politische Bildung auch nicht mehr im Aufbau und Streit, sondern als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft sieht. Die Sozialwissenschaften, so soll der Titel besagen, haben nach wie vor daran einen tragenden Anteil, aber sie stehen auch in der Pflicht zu einer besonderen Hinwendung.

4. Das breite wissenschaftliche Gründerfeld der Zeitschrift in den sechziger Jahren

Besonders Fachvertreter der Soziologie waren schon mit Beginn der sechziger Jahren bei der *Gegenwartskunde* stark engagiert. Soziologische Unterrichtsmodelle bzw. „Modellanalysen“ oder „Lehrbeispiele“ hatten die Soziologen Karl Martin *Bolte* (zunächst Hamburg, dann München) mit seinen Mitarbeitern sowie Gerhard *Wurzbacher* (damals: Kiel) schon vor 1966 in der *Gegenwartskunde* mehr oder weniger regelmäßig veröffentlicht. Dasselbe gilt für den Sozial-Ökonomen der damaligen Akademie für Wirtschaft und Politik Hamburg (später Hochschule für Wirtschaft und Politik) Friedrich-Wilhelm *Dörge*, der „wirtschafts- und sozialkundliche Unterrichtsmodelle“ bzw. „Modellanalysen politischer Probleme“ verfasste. Eine maßgebliche Rolle spielte auch der Hamburger Ordinarius für Volkswirtschaftslehre Heinz-Dietrich *Ortlieb*. Bald stieß zu diesem Kreis noch mit politologischen „Modellanalysen“ der aus Berlin kommende Hans-Joachim *Winkler*.

Diese hier unter anderen besonders hervorgehobenen Wissenschaftler garantierten 1966 den reibungslosen Übergang in die „neue“, den veränderten bildungspolitischen Zielsetzungen nahe stehende *Gegenwartskunde*. Zugleich gaben sie ihr ein eigenes Profil. Friedrich-Wilhelm *Dörge*, seinerzeit Wissenschaftlicher Rat in Hamburg, später Professor in Bielefeld, wurde einer der vier neuen Herausgeber und setzte seine Arbeit an den wirtschaftskundlichen Modellanalysen systematisch fort. Karl Martin *Bolte* und Joachim *Winkler* gehörten dem erweiterten Herausgeberkreis an. Alle blieben der Zeitschrift eng verbunden.

Soziologie und Sozialökonomie bildeten somit die übernommenen fachwissenschaftlichen Richtungen bei der Neubesetzung der Herausgeberschaft 1966.

Die seinerzeit führende zeitgeschichtliche Orientierung der politischen Bildung wurde im neuen Herausgeberkreis durch den Historiker Dr. phil. Walter *Gagel* repräsentiert. *Gagel*, Oberstudienrat, später Professor in Braunschweig, war Historiker und Pädagoge mit starkem Interesse an der Politikwissenschaft. Er leitete die Außenstelle Vollmarstein des Landesinstituts für schulpädagogische Bildung.

Der weiterhin als Herausgeber tätige Hamburger Studiendirektor und Geograph Dr. Willi Walter *Puls*, widmete sich bis zu seinem Tod auch erdkundlichen Themen in der *Gegenwartskunde*.

Die Politikwissenschaft wurde im neuen Herausgeberkreis durch Dr. rer. pol. Hans-Hermann *Hartwich*, Wissenschaftlicher Rat am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, später Professor in Berlin, Hamburg und Halle, vertreten. In der damals noch andauernden Konstitutionsphase der „Wissenschaft von der Politik“ war dies nicht unwichtig, da der Gedanke der „Integrationswissenschaft“ in der „Wissenschaft von der Politik“ des Berliner Otto-Suhr-Instituts (vor allem durch Ernst *Fraenkel*) eine konstituierende Rolle spielte. In dieser Politologie stellten rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen einen wesentlichen Bestandteil der Politikwissenschaft dar. In diesem Sinne hatte *Hartwich* seit 1964 mit der „Politik im 20. Jahrhundert“ einen neuen Typus eines politologischen Schulbuches (Westermann Verlag) für den Politikunterricht herausgegeben.

Der komplexe, noch stark bezugswissenschaftlich orientierte Ansatz der neuen *Gegenwartskunde* in den sechziger Jahren entsprach jenen Konzeptionen, die in den Verbänden der Politikwissenschaft und Soziologie seit den „Rahmenrichtlinien“ von 1961 diskutiert wurden. Schon im Juni 1963 hatte unter der Leitung der Professoren Arnold *Bergstraesser* (Freiburg), Otto Heinrich von der *Gablenz* (Berlin) und des Historikers Dr. Felix *Messerschmid* (Tübingen), seinerzeit Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer, eine Arbeitstagung zur Gemeinschafts- und Sozialkunde im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin stattgefunden, an der die Soziologie und die Politologie durch ihre Mitglieder in einer gemeinsamen Kommission hochrangig vertreten waren. Dies galt auch für geladene Vertreter der Historiker und Geographen. An dieser als „Grundlagenkonferenz“ verstandenen Tagung waren auch jene Fachwissenschaftler beteiligt, die die ersten Jahre der *Gegenwartskunde* begleiteten. Besonders *Bohle* und der Politologe Prof. Kurt *Sontheimer* traten dort für das Konzept einer „synoptischen Betrachtungsweise“ (*Sontheimer*) ein und erklärten sich bereit, eine Klammerfunktion der Politikwissenschaft zu akzeptieren, wenn sie soziologische und ökonomische Aspekte wirklich einbezüge (so *Bohle*, in: *Hartwich*, Hans-Hermann: Sozialkunde und Sozialwissenschaften, Berlin 1963). Genau dies wurde das Konzept der *Gegenwartskunde*.

5. Die Zeitschrift als Mittler soziologischer Lehre und Forschung für die politische Bildung 1966-2006

Wie dargelegt, verdankte die Zeitschrift vor allem dem 1960/62 eingeführten Oberstufenfach „Gemeinschaftskunde“ ihre Rolle und wachsende Bedeutung in Schule und Öffentlichkeit. Sie erwies sich damit gleichsam als „staatstragend“ und befand sich im Einklang mit den vorherrschenden Interessen an der Etablierung eines stabilen Gemeinwesens. Dies galt auch für die beiden Fachwissenschaften, die entscheidend zur inhaltlichen Konstituierung des Schulfaches, insonderheit der „Sozialkunde“ beitrugen und zugleich in der *Gegenwartskunde* publizierten.

Soziologische Beiträge der ersten Jahrgänge waren besonders dem Thema Jugend gewidmet. Aus dem Münchner Soziologischen Seminar *Boltes* kamen 1966 z.B. „soziologische Lehrbeispiele“ zu „Jugend und Beruf“ von Katrin

Aschenbrenner und zu „Gesellschaftliche Einrichtungen für die Jugend“ von Friedhelm Neidhardt. Darin fand u.a. die von Bolte herausgegebene Reihe „Struktur und Wandel der Gesellschaft“ ihren Niederschlag.

Dies ist die eine Seite. Die andere war der Abdruck von einschlägigen Beiträgen soziologischer Fachvertreter, wie wiederum *Bolte* über „Freiheit in der Gesellschaft“ (2/67), „Soziologie und politische Bildung“ von Janpeter *Kob* (3/68) und Günter *Hartfiel* „Angst als soziales und politisches Problem“ (3/68) sowie derselbe. „Gesellschaftsbild und politisches Potential von Beamten“ (4/71). Zu nennen sind noch Günther *Steinkamp* „Sozialisation in der Familien, Ich-Identität und demokratisch-freiheitliche Gesellschaft“ (1/3), Siegfried *Jäger* „Sprachbarrieren“ und „Kompensatorische Erziehung“ (1 u. 73), Werner *Mangold* „Das Gesellschaftsbild der Angestellten“ (3/73).

Am bemerkenswertesten war die „Analyse“ vom Joachim *Matthes* über „Soziologie in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme“ ((2/73, 217-243). In dieser gründlichen Durchsicht des „Erbes“, der Gründerzeit und ihrer „Schulen“, dem „Ausbruch“ aus denselben, Positivismusstreit und seinen Folgen sowie schließlich der „gegenwärtigen Lage in Forschung und Lehre“ (ursprünglich ein Rundfunkbeitrag) gab *Matthes* ohne sprachliche Konzessionen einen wirklich tiefen Einblick in die Soziologie zu Beginn der siebziger Jahre. Vor allem die „Bilanz der Gründerzeit“ und die inhaltliche Bedeutung der Schulbildung in der Soziologie markieren Entwicklungsstadien des Faches, deren Vortrag eigentlich in einer Zeitschrift wie der *Gegenwartskunde* nicht unbedingt zu erwarten gewesen wäre. Hier nun ging es auch um die Perspektiven soziologischer Ausbildung, um thematische Ausdifferierungen und Nützlichkeiten sowie um den Zustand der DGS. Dem Verband wirft *Matthes* vor, er vernachlässige die wichtige Professionalisierungsdebatte in bezug auf die Ausbildung von Soziologen. Fragen der Sozialkunde hatten hier allerdings keinen Platz. Wichtig war, dass die Soziologie sich als Disziplin vorstellte, die dem Grundauftrag politischer Bildung an den Schulen vielfältigste Impulse geben konnte. Eine für die soziologischen Beiträge in der Zeitschrift ganz wesentliche Funktion.

Eine ähnliche soziologische Publikation über die Soziologie, ihre Inhalte und Ausbildungsrichtungen hat es in der Zeitschrift nicht wieder gegeben. An soziologischen Inhalten fehlte es in den späteren Jahren aber nicht.

Das Engagement der soziologischen Fachvertretungen ließ in den siebziger Jahren vor allem infolge des erneuten Aufstiegs der empirischen Sozialforschung und der Ausdifferenzierung nach Forschungsrichtungen, sowie ihrem Interesse an einer professionalisierten Diplomausbildung nach. Die Ausbildung von Sozialkundelehrern war – soweit erkennbar – eigentlich kein Thema. Bemerkenswert scheint in diesem Zusammenhang auch, dass es lange Jahre keine Sektion „Politische Soziologie“ mehr in der DGS gab.

Allerdings entwickelten sich nicht nur in der Soziologie neue Aufgabenstellungen, Lehrinhalte und Erkenntnisse mit Bezug auf den Unterrichtsort Schule und Bildung. Dadurch kam es gleichsam zu einer neuen Art von Verbindung zu den Bezugswissenschaften, die nun zumindest partiell die politische Bildung auch als Forschungsgebiet wahrnahmen und wichtige empirische Forschungsergebnisse präsentierten. Einher ging damit eine deutliche Qualitätssteigerung im Sinne einer „empirischen Sozialkunde“ als Kernfach schulischer politischer Bil-

dung. Auch die Forschungsergebnisse zur vorschulischen und außerschulischen Sozialisation (Freizeit, Medien, Milieu, politisches Klima) sowie zur Schule selbst wurden in einer für Lehrer anwendbaren Form erschlossen.

So war es kein Zufall, dass zu Heft 1/1974 mit Günter *Hartfiel*, Kassel, erstmals ein anerkannter Soziologe in den Herausgeberkreis der *Gegenwarts-kunde* (als Nachfolger des Ökonomen *Dörge*) eintrat. Damit erhielten gesellschaftliche Themen und Problemlagen ein stärkeres Gewicht. *Hartfiel* führte u.a. auch eine erste fünfteilige soziologische „Serie“ in die Zeitschrift ein: Materialien zur Sozialstruktur der Bundesrepublik I-V (3/77-3/78). Aufsätze wie „Vertikale Mobilität in der Bundesrepublik“ (Helga *Recker*, 3/76) und „Angst und Aggression als individuelles und gesellschaftliches Problem“ von Klaus *Horn* (1/77) waren daneben typische soziologische Aufsätze. Es war ein schwerer Verlust für die Zeitschrift, dass *Hartfiel* im Januar 1977 einem Verkehrsunfall zum Opfer fiel.

Es dauerte bis zum Herbst 1982, bis mit Bernhard *Schäfers* (Göttingen, später Karlsruhe) ein neuer soziologischer Herausgeber mit breiter sozialwissenschaftlicher Kompetenz gefunden war. Damit erhielten die Themen der Gesellschaftslehre neue wichtige Impulse. So unter anderem durch die achteilige Serie „Methoden empirischer Sozialforschung“ (3/83-2/85). In einer gesonderten Einführung erläuterte *Schäfers* den Rückbezug auf die Empirie – „auf einen real existierenden, überprüfbaren Ausschnitt der dem Menschen zugänglichen Erkenntniswirklichkeit“ – als entscheidende Grundlage wissenschaftlichen Arbeitens und die Bedeutung von Methoden bei diesem Rückbezug. Unabhängig davon gebe es natürlich andere Aussageformen über die den Menschen interessierende Wirklichkeit mit eigenem Stellenwert, wie etwa die Philosophie (3/83, 303 f.). Von *Schäfers* stammt auch die sorgfältig ausgearbeitete und auf die politische Bildung blickende Darstellung „Gemeinschaft und Gesellschaft. Entwicklung und Aktualität eines Begriffspaares“ (1/83, 5-18). Damit wurde erneut eine spezifische soziologische Begrifflichkeit erläutert. Ferdinand *Tönnies'* Begriffspaar der „reinen Soziologie“ (zuerst 1887) hat sicher seine Faszination und Popularität bis heute gewahrt. *Schäfers* prüfte Sinn und Berechtigung. Er besprach den Unterschied zwischen traditionaler und industrieller Gesellschaft und warnte vor Sozialromantik durch die Überbewertung des Gemeinschaftsgedankens, der ja auch die traditionale Bewertung der Familie und so manche „Bünde“ der Zwischenkriegszeit nicht unbeeindruckt gelassen hatte. Dieser Beitrag erschloss auf besondere Weise soziologische Gesellschaftsbeobachtung, Begrifflichkeit und Theoriekritik. Faktenreicher, aber auf dieser Linie war auch sein Aufsatz, „Familie im Wandel“ (3/84), der sich zudem mit den Dilemmata einer Familienpolitik auseinandersetzte.

Ulrich *Beck* stellte in Heft 2/87 seinen 1986 erschienenen Bestseller „Leben in der Risikogesellschaft“ vor, der das Ende des industriellen Fortschrittkonsenses verkündete und die egalisierende Wirkung der Gefahr und des Risikos erläuterte. Martin *Diwald* untersuchte (2/90) den „Wandel der Lebensformen – eine Entsolidarisierung der Gesellschaft durch Individualisierung?“, und 1993 schrieb Gerhard *Schulze* über „Entgrenzung und Innenorientierung. Eine Einführung in die Theorie der Erlebnisgesellschaft“. Die Zeitschrift blieb somit, wenn auch mit größeren Abständen, auf der Höhe der soziologischen Thematik.

Das kann schließlich auch vom Beitrag L.A.Vaskovics/M.Rupp über „Nichtehe-liche und eheliche Lebensgemeinschaften“ gesagt werden.

Als weitere besondere Beispiele soziologischer Aktivitäten in der Zeitschrift sollen noch genannt werden: Stefan Hradils Analyse „Eine Gesellschaft der Egoisten? Gesellschaftliche Zukunftsprobleme, moderne Lebensweise und so-ziales Mitwirken“ (2/96); „Eliten im gesellschaftlichen Umbruch. Müssen Funktionseleiten auch Werteleiten sein?“ von Bernhard Schäfers (4/96); „Wohl-standsentwicklung und Lebenszufriedenheit. Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“ von Wolfgang Glatzer (2/98); „Jugendgewalt in unserer Gesell-schaft“ von Siegfried Lamnek (2/2000) sowie von Heinz-Herbert Noll „Zum Wandel sozialer Ungleichheit in modernen Gesellschaften“ (2/2001).

Stefan Hradil, ab 2000 auch offiziell Herausgeber an Stelle von Bernhard Schäfers, ist in den letzten Jahren noch mit gleich drei größeren Beiträgen vertre-ten: „Bevölkerungsentwicklung und Gesellschaftsveränderung in den kommenden Jahrzehnten“ (3/2001), „Der Wandel des Wertewandels. Die Suche nach Sicher-heit, Ordnung und Gemeinschaft in einer individualisierten Gesellschaft“ (4/2002) und „Werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer? Zur Ver-schärfung der Einkommensungleichheit in entwickelten Ländern“ (3/2005).

Diese nicht erschöpfende Aufzeichnung wichtiger soziologischer Beiträge in der Zeitschrift belegt ein beständiges Engagement für die politische Bildung. Es mag in den siebziger und achtziger Jahren geringer gewesen sein, weil das Fach mit Forschung und Professionalisierung von Lehre und Studium befasst war. Doch beweisen vor allem wieder die letzten Jahre, welche wesentlichen Beiträge die Soziologie zur politischen Bildung zu leisten hat und welches Engagement dafür aufgebracht wird.

Was gewiss nicht unwichtig ist: Neben dem „Mitbegründer“ Bolte waren die Soziologen Schäfers und Hradil mehrjährige Vorstands-Vorsitzende der Deut-schen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Auch sind sie mit Werken hervorge-treten, die für die Grundorientierung der *Gegenwartskunde* charakteristisch sind: Boltes „Klassiker“ der sechziger und siebziger Jahre, „Deutsche Gesellschaft im Wandel“, Hartfiels „Wörterbuch der Soziologie“, Schäfers' „Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland“ und Hradils „Soziale Ungleichheit“.

6. Die Verankerung der Zeitschrift in der Politikwissenschaft

Ein oberflächlicher Blick auf die Publikationen der Zeitschrift in den vergange-nen 40 Jahren mag den Eindruck erwecken, hier handele es sich um eine poli-tikwissenschaftliche Zeitschrift. Dass dem nicht so ist, dürfte mit der ausführli-chen Darlegung zur Soziologie bewiesen sein. Dennoch ist der Eindruck auch nicht ganz falsch. Denn die *Gegenwartskunde* entsprach stets ungleich stärker der Politikwissenschaft als der Soziologie, weil Erkenntnisinteresse, Fragestel-lung und Thematik der „politischen“ Bildung, – einmal abgesehen von den be-hördlichen Richtlinien und Lehrplänen – stärker in der Politikwissenschaft als in der Soziologie beheimatet sind. Die Übereinstimmung lag gleichsam in der Na-tur der Sache. Hinzu kam das „Gründerethos“ bedeutender Politikwissenschaft-

ler, die diese neue Universitätsdisziplin vorrangig als „Demokratie“-Wissenschaft verstanden wissen wollten.

Die frühe Politikwissenschaft mit Lehrstuhlinhabern wie Ernst *Fraenkel* (Berlin), Arnold *Bergstraesser* (Freiburg), Otto Heinrich *von der Gablentz* (Berlin), mit Thomas *Ellwein* etwa, schon 1955 Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, 1961 Professor in Frankfurt, sowie bald auch Kurt *Sontheimer* (München), Hans *Maier* (München), um hier nur einige zu nennen, bekannte sich ausdrücklich zu einer Verpflichtung ihrer Wissenschaft gegenüber der neuen und erst noch zu festigenden Demokratie der Bundesrepublik und damit für eine uneingeschränkte Zuwendung zur politischen Bildung. Zwischen politischer Wissenschaft und politischer Bildung bestand so gleichsam eine „natürliche Ehe“.

Sie basierte sicher auch auf den Interessen der (und an den) neu geschaffenen Lehrstühle an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, die fast alle als zentrale Aufgabe die Ausbildung von Sozialkundelehrern erhalten hatten.

Anders als bei der Soziologie, die bereits fundierte Studien zur Gesellschaft publizierte und öffentlich renommierte „Schulen“ kannte, ging die Politikwissenschaft auch Anfang der sechziger Jahre noch an wenigen Orten einen mühevollen Weg der wissenschaftlichen Anerkennung. Die Etablierung einer schulischen politischen Bildung und die daraus folgende Notwendigkeit einer akademischen Lehrerausbildung verhalfen der neuen Fachwissenschaft zu öffentlicher Anerkennung und Unterstützung.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, dass die an sich noch aus Ordinarien bestehende Fachvereinigung, die „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“ (DVPW), schon in den sechziger Jahren stets einen in der Lehrerweiterbildung engagierten Wissenschaftlichen Rat in ihren Beirat wählte und dass sie führend in der bundesweiten Kommission („Gemeinsame Kommission“) für die inhaltliche Ausgestaltung der „Gemeinschaftskunde“ und der Sozialkunde sowie für die Ausbildung von Sozialkundelehrern mitwirkte.

Im März 1965 war überdies in Frankfurt die „Deutsche Vereinigung für politische Bildung“ (DVpB) gegründet worden, die sich bald als zahlenmäßig wachsende Lehrervertretung für die „Sozialkunde“ an den Schulen hervortat und darin die entsprechenden Fachvertretungen bei den Geschichts- und Erdkundelehrern weit übertraf. Die Gründung dieser Vereinigung erfolgte im Umkreis und unter Führung des Frankfurter Studienbüros von OSchR Dr. Friedrich *Minssen* (auch GSE-Herausgeber), der wenige Jahre später in den Herausgeberkreis der *Gegenwartskunde* eintrat. *Minssen* war auch der erste Vorsitzende der DVpB. Ihm folgte Anfang der siebziger Jahre der Berliner Politologe und Herausgeber der *Gegenwartskunde* *Hartwich*. Die Verbindung zur DVpB war viele Jahre lang auch deswegen besonders eng, weil diese Vereinigung ihre „Mitteilungen“ bzw. später ihren „Report“ in der *Gegenwartskunde* publizierte.

Inhaltlich bedeutete die langjährige Verzahnung von Politikwissenschaft und politischer Bildung, dass auch die in der Zeitschrift behandelten Themen die Spannweite des Interesses an Politik widerspiegeln. Den „Stoff“ lieferte die Zeitgeschichte. In den ersten Jahren waren dies z.B. der Kalte Krieg, die Entspannungspolitik, die Totalitarismusfrage, die deutsch-deutschen Auseinander-

setzungen und die Ostpolitik Brandts. Beherrschend und folgenreich waren die innenpolitischen Kontroversen und Krisen, verursacht durch die Rebellion an den Universitäten mit dem Streit um neue Hochschulgesetze, der Demokratisierungstreit, der Terrorismus der RAF und der Radikalenbeschluss, schließlich das Erstarken der Bürgerinitiativen, der Protestbewegungen und das erste Auftreten der Grünen als neue Partei.

Die genannten Ereignisse und Entwicklungen machten das aus, was „Politik“ in Wissenschaft und Bildung beschäftigte. Besonders bedeutsam wurden die gesellschaftspolitischen Folgen der politischen Auseinandersetzungen für die politische Bildung an den Schulen.

Diese Zerreiprozesse der endsechziger und der siebziger Jahren erschütterten und polarisierten nicht nur die wissenschaftlichen Vereinigungen, sondern dramatisierten ebenso Richtlinien und Lehrpläne sowie die Praxis des Politikunterrichts. Die Landesparlamente mischten sich ein, der Streit um politische Bildung wurde auf parlamentarischer Ebene ausgetragen. Politik und politische Bildung waren nicht zu trennen. Die Zeitschrift belegt das in ihren Beiträgen bis hinein in die achtziger Jahre. Viele der Aufsätze analysierten die schulische politische Bildung als ein Politikfeld, das den Interessenkämpfen und Missverständnissen ebenso ausgesetzt war wie die Politikwissenschaft selbst.

Im Laufe der achtziger Jahre löst sich die enge Verzahnung von Politikwissenschaft und politischer Bildung. Der Grund waren Professionalisierungen und Profilierungen. Auf der einen Seite setzte sich in der Politikwissenschaft, deutlich erkennbar an den Aktivitäten der Vorstände der DVPW, die Professionalisierung ihrer Forschung und damit verbunden ihre Ausdifferenzierung sowie die Herausbildung der Profession des Politologen durch, sei es mit dem Diplom, sei es mit dem Magister. Andererseits ist besonders im Rückblick auf die Aufsätze in der *Gegenwartskunde* und in der Literatur ein ähnlicher Trend auf Seiten der Didaktik der politischen Bildung erkennbar. Die Zeitschrift griff diese Entwicklung zwecks Klärung der Frage auf, inwieweit sich noch die Intentionen von politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre einerseits und die Bedürfnisse und Zielsetzungen der schulischen politischen Bildung andererseits in Einklang befänden. Es versteht sich, dass bei dieser Gelegenheit auch noch einmal eine Aufarbeitung der wechselseitigen Krisen auf beiden Seiten erfolgte.

Von 1985 bis 87 befassten sich verschiedene Grundsatzbeiträge der Zeitschrift mit der „Lage der politischen Bildung“. Dieter *Grosser*, München, begann seinerzeit mit dem Satz: „Politische Bildung an Schulen ist gegenwärtig in einem kläglichen Zustand“ (2/85, 137) und zitierte dann die verbreitete Meinung, Politische Bildung habe Anfang der siebziger Jahre ihre Chance gehabt, doch diese Chance sei von Fachwissenschaft, Didaktik, Lehrern und Politikern selbst verspielt worden. Vor allem die Politikwissenschaft habe versagt. Didaktische Konzeptionen benutzten ungeprüfte, aber modische Begriffe und Thesen. Massive politische Einseitigkeiten seien hinzugekommen. Mit den achtziger Jahren seien die Turbulenzen überwunden. Es müssten aber ausreichende Unterrichtsbedingungen und verantwortungsbewußte, gut informierte Lehrer zur Verfügung stehen, um das Fach zu angemessenem Niveau zu führen.

Thomas *Ellwein* sah die politische Bildung zwischen Scylla und Charybdis (4/85, 400), das hieß für ihn, keine Schule oder ein Teil von ihr könne – so habe

man erkennen müssen – in wirklichem Konflikt mit der Umwelt leben, keine Schule könne sich andererseits dem staatlichen Schulmonopol entziehen. „Sie kann immer nur vorsichtig die Spielräume erweitern oder in der Antizipation möglicher politischer Reaktionen verengen“.

Walter *Gagel* (3/86, 289) forderte gegenüber einer bloßen „Handwerkelei“ der politischen Didaktik mehr Theorie und Grundsatzdiskussion (auch schon in 3/80, 283 ff). Wolfgang *Hilligen* meinte an anderer Stelle (Politische Bildung 3/86, 10) die Fachdidaktiker spielten auf Kongressen der Fachwissenschaft DVPW die Rolle des Wurmfortsatzes, die Sozialwissenschaftler dagegen auf den Kongressen der DVpB die Rolle von Stargästen.

Den Grund hierfür sah Hans-Hermann *Hartwich* (1/87, 10) darin, dass die in den sechziger Jahren vorhandene „natürliche Ehe“ zwischen Politischer Wissenschaft und Politischer Bildung zerbrochen sei. Die Ursachen hierfür seien aber nicht nur im Zerreißprozess der siebziger Jahre begründet. Vielmehr hätten jetzt Verwissenschaftlichung, Ausdifferenzierung und Professionalisierung der tradierten Politischen Wissenschaft der sechziger Jahre die alte Gleichgerichtetheit untergraben. Herausgeber *Hartwich* war Ende der siebziger Jahre in der DVPW Vorsitzender des Ständigen Ausschusses für Lehre und Studium (SALS), vor allem also auch mit Fragen der politologischen Lehrerbildung in einem Kreis kompetenter Kollegen befasst. Von 1983 bis 1988 war er dann Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. In dieser Funktion wiederum hatten er und der Vorstand der DVPW auf die Forderungen der Kultus- und Wissenschaftsministerium zu reagieren, moderne, auf die „Praxis“ hinführende, also professionelle Studiengänge zu entwickeln. Dieser Druck forcierte die Erarbeitung und später auch erfolgreiche Durchsetzung von professionellen Diplom- und Magister-Abschlüssen der Politikwissenschaft gegenüber den Kultusbehörden der Länder.

Die DVPW so der Beitrag von *Hartwich* 1987, befinde sich auf dem Weg zu einer strenger methodisch arbeitenden und forschenden sozialwissenschaftlichen Universitätsdisziplin. Vor allem die Policy-Forschung machte Analyse und Ergebnis auch für die praktische Politik handhabbarer. Demzufolge standen nun die Diplom- und Magisterstudiengängen im Vordergrund. Diese auch von öffentlichen Anforderungen bestimmte Profilierung bedeutete für das Verhältnis zur politischen Bildung und für die Ausbildung von Sozialkundelehrern nicht Abkehr, wohl aber eine Art „Marginalisierung“ innerhalb der Disziplin. Die Anliegen politischer Bildung und Schule wurden nun einer speziellen „Sektion Politische Wissenschaft und politische Bildung“ überantwortet. Die Ausbildung von Sozialkundelehrern stand nicht mehr im Vordergrund der gesamten Vereinigung. Die Blickrichtung hatte sich verändert.

Auf die politikwissenschaftlichen Beiträge für die Zeitschrift hatte dies inhaltlich keine erkennbare Auswirkung. Nun kamen Themen aus der Policy-Forschung und zumeist Aufsätze speziellerer Natur hinzu. Immer häufiger fehlte aber den eingereichten Beiträgen der Bezug zur politischen Bildung, die Überlegung, ob und wie weit die Thematik für die Ziele und Themen der Schule verwendbar sein könnten. Dies machte den Kern der „Entkopplung“ aus.

Die Politikwissenschaft hatte damit eine Entwicklung eingeleitet, die die Soziologie schon sehr viel früher vollzogen hatte. Die „Sektion Politische Bildung“

in der DVPW bewies das anhaltende generelle Interesse an politischer Bildung, war aber tatsächlich die Überantwortung der Aufgabe an die Spezialisten; und als solche profilierten sich die Didaktiker, zum Teil in immer enger werdenden Kreisen. Diese relative „Entkoppelung“ von Politikwissenschaft und politischer Bildung führte zum Aufstieg der Didaktik der Sozialkunde auf der Basis der sozialwissenschaftlichen Disziplinen, aber ohne eine direkte thematisch verpflichtete Anlehnung an die Arbeiten in Politikwissenschaft oder Soziologie.

Die stille Selbst-Entpflichtung der professionalisierten Sozialwissenschaften ließ auch in der *Gegenwartskunde* Meinung und Gewicht politischer Didaktiker stärker hervortreten. So gab es bereits für die dargestellte Position *Hartwichs* („Professionalisierung der Politikwissenschaft“) deutliche Kollegenkritik. (*Claußen*, 3/87, 357; *Knepper*, 3,87, 358 ff). Ihm wurde vorgeworfen, die Literatur zur Didaktik der politischen Bildung nicht genügend zu beherrschen und von einem stark verkürzten, um nicht zu sagen, falschen Verständnis der Fachdidaktik auszugehen. Das war zweifellos richtig. Aber gerade dies wurde ja auch, nach *Hartwich*, nicht mehr als eine bevorzugte Aufgabe des Politikwissenschaftlers angesehen. Die galt in besonderem Maße für die Policy-Forschung und ihre Verzweigungen.

Aus der Bezugswissenschaft der politischen Bildung war, wie zuvor schon bei der Soziologie, eine Universitätsdisziplin geworden, die sich „auch“ mit der schulischen politischen Bildung beschäftigte.

Jedenfalls stärkte dies zugleich das Selbstbewußtsein der Didaktiker, die – wie z.B. *Schörken* hervorhob (3/87, 297) – zwar die theoretische und praktische Verankerung der politischen Bildung in den Sozialwissenschaften betonten, sich nun aber auch primär mit den dadurch gegebenen Möglichkeiten in der Praxis befassten.

Profil hatte die Didaktik der schulischen politischen Bildung allerdings nicht erst jetzt erlangt. Die Entwicklung hatte zum Beispiel Wolfgang *Behr* weit früher in einer umfangreichen Analyse „Politikwissenschaft und Politische Didaktik“ (3/78, 373-393) untersucht. Sein Ausgangspunkt war, dass die Politikwissenschaft es unterlassen habe, Beiträge für den politischen Unterricht zu liefern. Dieser Vorwurf hatte in der Politikwissenschaft allerdings nie eine Rolle gespielt. Dies sei, so *Behr*, ein wesentlicher Grund dafür, dass Politikwissenschaft und politische Didaktik überwiegend unverbunden nebeneinander agierten. In den Diskussionsbeiträgen des Jahres 1987 plädierten dann Michael *Dorn* und Herbert *Knepper* für eine Kurskorrektur in der Praxis sozialwissenschaft-politischer Unterrichtsfächer. Sie beklagten die Inflation „akademisierender Texte“ der Fachdisziplinen im Unterricht, „Wissenschaftsnomenklatur statt handwerklicher Gründlichkeit“ (2/87, 150).

Gagels Aufruf für „mehr Mut zur Theorie in der politischen Didaktik“ sowie grundsätzlicher noch, zu einer Reanimation der Fachdidaktik, gehört ebenfalls hierher. Fachdidaktik, so schrieb Sibylle *Reinhardt* – sie wurde 1998 Mitherausgeberin – sei „dasjenige theoretische Professionswissen, das die Transformation von Wissensbeständen (kulturellen und wissenschaftlichen) in Lernprozesse reflektiert und dabei den Praktikern konkrete Strategien für die Bearbeitung ihres Handlungsproblems – vornehmlich in der Fassung ‚didaktischer Prinzipien‘ (z.B. Handlungsorientierungen, Schülerorientierung) – anbietet.“ (1/95, 53).

In diesen kulturellen und wissenschaftlichen „Wissensbeständen“ ist allerdings keine verpflichtende Bindung an die traditionellen „Bezugswissenschaften“ erkennbar oder angedeutet. Die Wissenschaft von der Fachdidaktik definiert selbstständig den ihr angemessen erscheinenden kategorialen Rahmen. Sie hatte sich zu einer eigenständigen sozialwissenschaftlichen Teildisziplin entwickelt. Vor allem als solche verstehen sich heute viele der Beiträge in der GWP.

7. Ökonomie als sozialwissenschaftlicher Schwerpunkt der Zeitschrift

Die Frage, ob Volks- oder Betriebswirtschaftslehre Sozialwissenschaften seien, hat sich der Zeitschrift nie gestellt. Für die Herausgeber war es selbstverständlich, dass wirtschaftliche Fakten und Faktoren, Prozesse und Problemlagen stets auch die Gesellschaft und die Politik berühren. Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge sind in diesem Verständnis Bestandteil politischer Bildung. Die Zeitschrift hat sich darum auch nicht erst auf Drängen der Interessenverbände der Wirtschaft bemüht. Diese Thematik bestimmte schon immer grundlegende Aufsätze und Analysen der *Gegenwartskunde*.

Bestimmend war bis 1969 das sozioökonomische Programm der „Modellanalysen“ von Friedrich Wilhelm Dörge; spezielle, für Lehrer aufbereitete Analysen wirtschaftspolitischer Aktivitäten, wie z.B. Strukturpolitik (1/68). Zugleich setzten sich vor allem die Herausgeber Dörge und Hartwich kritisch mit den Auswirkungen des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ auf die schulische politische Bildung auseinander (vgl. Hartwich, ORDO-Modell und Konfliktgesellschaft, 4/66, 325-335; Dörge, Harmoniegläubigkeit und Wirtschaftssteuerung, 1/67, 11-21). Weitere Themen waren z.B. „Soziale Symmetrie“; Preisbindung und Fusionen; die Wirtschafts- und Finanzpolitik von Schiller und Strauß in der großen Koalition sowie die „Stagflation“ in der Regierungszeit Helmut Schmidts. Schwerpunkte bildeten schließlich stets die Berichte über wirtschaftspolitische „Facts“ wie Jahreswirtschaftsberichte, Steuern, Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten usw.

Starke Beachtung fanden in den achtziger Jahren, unterstützt durch Beiträge der *Gegenwartskunde*, die theoretischen Auseinandersetzungen und wirtschaftspolitischen Folgerungen um „Keynes oder Friedman“, also fiskalische Wirtschaftssteuerung oder Deregulierung, im Unterricht der gymnasialen Oberstufe. Zu den vor allem volkswirtschaftlichen Themenbereichen kamen bald die der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, beginnend mit der Dollarabwertung und den ersten Schritten zum Europäischen Währungssystem bis hin zur Europäischen Union und, nach der Jahrhundertwende, der Europäischen Währungsunion, einschließlich des EU-Stabilitätspakts.

Ab Heft 1/1983 veröffentlichte Dörge sogenannte „Curriculum-Bausteine Wirtschaftslehre“. In gewissem Sinne waren sie eine Wiederaufnahme der „Modellanalysen“. Diese waren aber seit 1969 allgemeiner verstanden als „Analysen“, das sind erweiterte Bearbeitungen politischer, auch wirtschaftspolitischer Probleme und Prozesse, fortgeführt worden. Die „Curriculum-Bausteine“ (zuerst mit dem

Thema: „Subventionen in der Marktwirtschaft“, 1/87, 91-100) waren exakt anhand von Quellen aufbereitete Argumentationen zum Thema mit einem Aufriss unterschiedlicher Problemlösungsstrategien. Sie wurden sodann fachlich erläutert, einschließlich der immanenten Zielkonflikte. Schließlich wurde die Frage politischer Bewertung anhand einer Skala möglicher Stellungnahmen skizziert. Ein solches oder ähnliches Schema enthielten alle Curriculum-Bausteine Wirtschaftslehre. Sie wurden bis 1996, – ab 1986 zumeist durch Horst *Friedrich*, Köln, und seine Mitarbeiter – in der Zeitschrift veröffentlicht.

Ende der neunziger Jahre begannen unter dem Druck von Wirtschaftsverbänden, denen sich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund anschloss (Gemeinsame Initiative, August 2000), die Kultusministerien und Schulverwaltungen der Länder zunehmend nach Möglichkeiten zu suchen, der Ökonomie einen größeren Stellenwert im Fächerkanon der Schule zu verschaffen. Der Forderung nach einem eigenen Schulfach konnten sie allerdings aus nachvollziehbaren Gründen nicht entsprechen. Dazu sind die Stundentafeln zu eng gefüllt und größtenteils lohnte nicht einmal der direkte Zugriff auf Sozialkunde oder Geographie, da diese Fächer sowieso schon an den Rand gedrängt waren.

Die Zeitschrift machte das Heft 1/2000 zum Forum für eine deutliche Gegenüberstellung: Der Präsident des Deutschen Aktien-Instituts (DAI) Frankfurt/Main, von *Rosen* veröffentlichte in der *Gegenwartskunde* ein ausgearbeitetes „Plädoyer für ein Schulfach Ökonomie an allgemein bildenden Schulen“. Dem hielt *Hartwich* in seinem Beitrag entgegen: „Kein neues Fach Ökonomie, aber eine moderne Wirtschaftslehre in der schulischen politischen Bildung!“ Beide Seiten waren sich darin einig, dass Kenntnisse und Einsichten in die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Gegenwart zum Bildungskanon gehören müssten. Diese Position musste die Zeitschrift aufgrund ihrer Tradition nicht mehr besonders belegen. Aber dass dafür ein gesondertes Schulfach Ökonomie“ eingerichtet werden müsste, konnte ebenso fundiert bestritten werden. Es ging jedoch offenbar nicht allein darum. Der Vorstoß der Verbände zielte bei dieser anhaltenden Auseinandersetzung auf Grundsätzliches.

Im Kern ging es um die Frage, ob nur ein „Ankerfach“ für ökonomische Bildung sachgerecht sei, weil eine Wirtschaftslehre „spezifische Denkweisen und Methoden“ voraussetze, mittels derer Probleme analysiert und beurteilt werden können (*Kruber*, 3/2000, 286). In seiner Erwiderung auf die Ausführungen des DAI-Präsidenten wies *Hartwich* unter Bezugnahme auf *Kruber* darauf hin, dass eine solche Sichtweise unvermeidlich bestimmte, vor allem gesellschaftliche und politische, Aspekte und Zusammenhänge ausblende, ja Gefahr laufe, die eigene Perspektive zirkulär zu verabsolutieren. Das widerspreche dem Bildungsauftrag der Schule. Das der schulischen politischen Bildung immanente Gesellschaftsverständnis sehe den Menschen als *zoon politicon* und nicht als sozial isolierten *homo oeconomicus*. Deshalb müsse Wirtschaftswissen im Bewußtsein der gesellschaftlichen Einbettung in freiheitlich-rechtsstaatliche Lebensverhältnisse erworben werden. Eine moderne Wirtschaftslehre sollte zum Pflichtbereich der Sozialkunde gehören, da die Erörterung von Themen zu Gesellschaft und Politik ohne Bezug auf die Wirtschaft zumeist ebenfalls weltfremd wären. Auch Roland *Sturm*, Politologe und Ökonom und seit 1998 Mit-Herausgeber der Zeitschrift, verdeutlichte im Beitrag „Der schöne Schein des Geldes – ist

ökonomische Bildung voraussetzungslos? eindrucksvoll, wie unverantwortlich es wäre, die begrenzte Wertemechanik der ökonomischen Modellwelt allein zur Grundlage ökonomischer Bildung an der Schule zu machen (4/2000, 410).

Die Diskussion fand Aufmerksamkeit und Anerkennung. Ob sie etwas änderte, muss dahingestellt bleiben. Immerhin aber machte sich der Bundesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVpB) die Position: „Kein eigenes Fach, wohl aber eine moderne Wirtschaftslehre im Rahmen der Sozialkunde“ zu eigen (Polis, 2/2000, 24f.)

Die Zeitschrift hat hierzu weitere Beiträge veröffentlicht (Vgl. vor allem Reinhold Hedtke, 2/02, 173ff., und Hans-Joachim Klein, 1/02, 11ff.) und ihrerseits versucht aufzuzeigen, was unter einer „modernen Wirtschaftslehre“ im Rahmen politischer Bildung inhaltlich zu verstehen sei.

Zur Verdeutlichung ihrer Position begann die *Gegenwartskunde/GWP* in Zusammenarbeit mit dem Institut für Betriebswirtschaftslehre unter Leitung von Professor Picot (Universität München) für mehrere Jahre eine völlig neu konzipierte Serie von Rahild Neuburger zur „New Economy“. Ziel war es, fachwissenschaftlich fundiert, aber auch für Nicht-Ökonomen verständlich, aufzuzeigen, inwieweit die informations- und kommunikationstechnischen Entwicklungen seit Ende der achtziger Jahre die Wirklichkeit der wirtschaftlichen Bedingungen, Spielregeln und „Gesetzmäßigkeiten“ verändert hatten. Vorausgeschickt wurden zwei Grundsatzbeiträge, in denen das Verhältnis dieser „new“ Economy zu dem analysiert wurde, was nun „old“ Economy geworden war. Die tradierte volks- und gesamtwirtschaftliche Sicht auf Struktur und Prozesse der „Volks“wirtschaften muss ergänzt werden um die globale Perspektive. Ohne diese Perspektive, etwa die „Internet-Ökonomie“, können Wirtschaftsstrukturen, Prozesse und Dynamiken nicht mehr verstanden werden. Es sollte also eine Wirtschaftslehre innerhalb der schulischen Sozialkunde unterstützt werden, die sich mit dem realen Geschehen in der deregulierten und globalisierten Wirtschaft befasst. Die Serie wurde über 10 Hefte fortgeführt (3/2001-1/04).

Wie heute die Beiträge aus Politikwissenschaft und Soziologie folgen auch die der Ökonomie in der Zeitschrift dem Ziel, neue Inhalte, Entwicklungen und Probleme der Wirtschaft aufzuzeigen und sie damit der schulischen politischen Bildung nahe zubringen. Hiermit setzt die Zeitschrift ihre Tradition der Erschließung wirtschaftlicher Fragen für die schulische politische Bildung fort, die sie bereits 1966 mit der Darstellung und Kritik der Erhardschen Marktwirtschaft begonnen hatte.

Die Selbstverständlichkeit, mit der sich in den frühen Jahren die Sozialwissenschaften der politischen Bildung verpflichtet sahen, ist generell zwar nicht mehr gegeben. Aber die Zeitschrift mahnt die Fachwissenschaften unablässig, ihren Beitrag zu leisten. Das jüngste Beispiel ist die von Roland Sturm initiierte Reihe „Internationale Politische Ökonomie“. Von der soziologischen Forschung als Desiderat besonders herausgearbeitet (Hans-Jürgen Klein, Karlsruhe: Wirtschaftsunterricht an Schulen. Einstellungen bei Schulleitern, Lehrern und Lehramtskandidaten, in: GWP 1/04, S.193-203), hat die Zeitschrift dem herausragenden Interesse der Schule entsprechend, einschlägig ausgewiesene Politikwissenschaftler, Ökonomen und Soziologen veranlasst, an dieser Reihe in der Zeitschrift mitzuwirken. So wird sie es auch in Zukunft halten.